



Zweckentfremdung von Wohnraum stoppen –
Wohnraumschutzsatzung besser machen
Ratsantrag

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

05.02.2019

Der Rat möge beschließen:

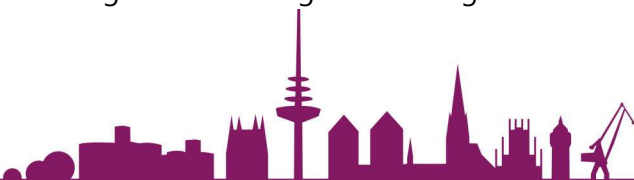
1. Der Rat der Stadt Münster lehnt eine Zweckentfremdung von Wohnraum grundsätzlich ab.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat und seinen Gremien Art und Ausmaß der Zweckentfremdung von Wohnraum trotz gültiger Wohnraumschutzsatzung umfassend darzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen und Regelungen aufzuzeigen, die geeignet sind, einer Zweckentfremdung von Wohnraum entschieden entgegenzutreten und zeitnah dem Rat und seinen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die derzeit gültige und bis 2020 befristete Wohnraumschutzsatzung wird nach den o. g. Punkten überarbeitet und rechtzeitig dem Rat der Stadt Münster zur Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung:

Münster leidet unter dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Zur weiteren Verknappung und damit Preissteigerung auf dem Mietmarkt führt die meist private Vermietung und damit Zweckentfremdung von Wohnraum für z. B. touristische Zwecke (Ferienwohnung und -zimmer, Apartments, B&B).

Trotz vorhandener Wohnraumschutzsatzung scheint Münster zu den Städten mit einem hohen Anteil zweckentfremdeten Wohnraums zu gehören. Unter Nutzung von Suchportalen im Internet (auch sogenannte Homesharing-Plattformen) für privat vermietete Unterkünfte werden ca. 300 Angebote angezeigt, die sich vom Grundsatz her auch für eine dauerhafte Vermietung eignen würden.

Am 18.01.2019 hat zu dieser Thematik eine Anhörung im Landtag auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion stattgefunden. Ergebnis dieser Anhörung war u. a. ein nachweislich stark ange-



stiegener Anteil an Homesharing-Angeboten in den Großstädten und touristisch bedeutsamen Städten in NRW. Als mögliches wirksames Mittel gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum wurde das Wohnungsaufsichtsgesetz nach Berliner Vorbild genannt. Bisher fehlen allerdings nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft haltbare empirische Belege.

Die Verwaltung ist daher gefordert, Art und Ausmaß einer Zweckentfremdung von Wohnraum in Münster darzustellen und dem Rat der Stadt Münster Möglichkeiten aufzuzeigen, dieser Zweckentfremdung wirksam entgegenzutreten.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Philipp Hagemann
Mathias Kersting
Katharina Köhnke
Hedwig Liekefedt
Petra Seyfferth

Stephan Brinktrine
Marius Herwig
Michael Kleyboldt
Thomas Kollmann
Mustafa Schat
Ludger Steinmann
Maria Winkel

Doris Feldmann
Dr. Cornelia Jäger
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Anne Schulze Wintzler
Beate Vilhjalmsson

